

Stellungnahme des Familienbundes Landesverband NRW e.V. zu familienpolitischen Inhalten des Zukunftsvertrags von CDU und Grünen in Nordrhein-Westfalen

Der Familienbund der Katholiken, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., setzt sich für bessere Rahmenbedingungen für Familien in ihrer Vielfalt ein. Nach unserer Überzeugung ist ohne Familien kein Staat zu machen. Familien sind die Grundlage und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Der Familienbund der Katholiken ist auch Teil der Landesarbeitsgemeinschaft Familie NRW, die eine eigene Stellungnahme zum Zukunftsvertrag 2022-2027 von CDU und Grünen erarbeitet hat. Die dort genannten Punkte unterstützen wir. Im Folgenden setzen wir uns mit einigen familienpolitischen Aussagen auseinander, die für uns von zentraler Bedeutung sind.

Landesgeschäftsstelle
Schillerstr. 44a
48155 Münster
0251 97 441 468/-9
info@familienbund-
nrw.de
www.familienbund-
nrw.de
DE 69 4006 0265 0010
1338 00
BIC: GENODEM1DKM

Vereinsregister: VR 4912
Amtsgericht Düsseldorf

Vorsitzende
Andrea Schütt

Geschäftsführerin
Sigrun Jäger-Klodwig

Vielfalt von Familien

Familie wird heute in vielfältigen Formen gelebt. Alle Familien erbringen für ihre Mitglieder und für die Gesellschaft unverzichtbare Leistungen. Im Zukunftsvertrag heißt es: Familie ist die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Wir begrüßen die Maßnahmen für mehr Familienbewusstsein: Aktionsplan Familienfreundlichkeit, Erstellung eines Familienberichts, Familienkarte NRW und die Auszeichnung von besonders familienfreundlichen Kommunen. Im Zukunftsvertrag wird die Erhöhung der Sichtbarkeit aller Familienformen als Ziel formuliert.

Wir stimmen dem ausdrücklich zu, mahnen aber an, dass neben der Verstärkung der Förderung der Landesfachstelle Regenbogenfamilien und der Einrichtung einer Fachstelle Alleinerziehende alle Familien in den Blick genommen werden sollten, z.B. auch Familien, in denen Sorgearbeit und Pflege für Angehörige geleistet wird.

Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Familie fordern wir die Einführung eines Familien-Checks bei allen Gesetzgebungsverfahren, damit die Belange von Familien mitgedacht und die Auswirkungen von Gesetzen auf Familien überprüft werden.

Bildungsgerechtigkeit

Gerechte Bildungschancen für alle Kinder und gute Bildung vom Elementarbereich bis in die Sekundarstufe sind eine Grundlage dafür, dass Kinder gut aufwachsen und ihre Potentiale entfalten können. Der Familienbund setzt sich für eine beitragsfreie Bildungskette von der Kita zur Schule ein. Wir begrüßen es, dass nun auch das dritte Kitajahr beitragsfrei sein soll. Gleichzeitig darf die Beitragsfreiheit nicht zu Lasten der Qualität in den Kitas gehen. Aufgrund des Fachkräftemangels, der schon jetzt in den Einrichtungen herrscht, müssen alle Anstrengungen für eine gute Fachkräfteoffensive unternommen werden, damit in den Kitas weiter gute Bildung, Erziehung und Betreuung geleistet werden kann.

Da das befristete Bundesprogramm "Sprach-Kitas" auslaufen wird, ist es umso dringender, in NRW die Strukturen, die der Bund durch das Modellprogramm angeschoben hat, weiter zu nutzen und zu finanzieren. Es ist wichtig, dass die Bedeutung der sprachlichen Bildung in den Kitas anerkannt und in Landesgesetzen verankert wird, um darauf aufbauend eigene Landesprogramme aufzulegen.

Eine weitere Position des Familienbundes ist, dass die Familienzentren auch an Grundschulen ausgebaut werden. Es gibt sehr gute Beispiele für Familiengrundschulzentren in Nordrhein-Westfalen. Wir sind der Überzeugung, dass sie einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von Erziehungs- und Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Schule leisten können, wie es auch im 9. Familienbericht betont wird. Ebenfalls sind Familiengrundschulzentren ein Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit - und somit auch für Armutsprävention. Wir begrüßen es, dass Familiengrundschulzentren landesweit nach dem Sozialindex ausgebaut und gefördert werden sollen.

Wir weisen darauf hin, dass über die Förderung von besonderen Schulen die „normalen“ Schulen nicht aus dem Blick geraten dürfen.

An allen Schulen sollten gute Konzepte erarbeitet werden, um eine kontinuierliche Unterstützung für Familien anbieten und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren in den Sozialraum wirken zu können.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wo es an digitaler Technik an den Schulen und bei den Schüler:innen fehlte/fehlt. Dabei wurde auch deutlich, dass die Ausstattung der Schüler:innen mit digitalen Endgeräten oftmals von den Familien geleistet werden musste. Wir sind der Meinung, dass die Lernmittelfreiheit auch digitale Endgeräte umfassen muss. Im Zukunftsvertrag wird dies ansatzweise benannt. Die Lernmittelfreiheit sollte nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig gemacht werden.

Kinder- und Familienarmut

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die in Nordrhein-Westfalen in Armut leben oder von Armut bedroht sind, ist weiterhin sehr hoch (22,6 % 2018 laut IT NRW). Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet dies, schlechtere Zukunftschancen zu haben als andere Gleichaltrige. Kinderarmut ist Familienarmut, ihre Bekämpfung muss Priorität haben. Gerade die derzeitige wirtschaftliche Situation lässt befürchten, dass noch mehr Familien in NRW an der Armutsgrenze oder darunter leben müssen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut ergreifen will. Im geplanten Pakt gegen Kinderarmut sollte die Landesarbeitsgemeinschaft Familie mitwirken.

Die Kindergrundsicherung ist DAS Sozialprojekt dieser Bundesregierung. Hier sollte darauf hingewirkt werden, dass es dabei um eine ECHTE Grundsicherung geht und nicht um das Verschieben von Zuschlägen. Diese Kindergrundsicherung muss eine eigenständige Leistung für jedes Kind sein. Sie sollte einfach, unbürokratisch und sozial gerecht sein. Dabei sollte sie die vielen unterschiedlichen Leistungen für Kinder in einer einzigen Leistung bündeln. Auch das Existenzminimum für Kinder und Jugendliche muss neu und realistisch berechnet werden. Die Höhe der Kindergrundsicherung sollte deutlich über den Hartz-IV-Leistungen für Kinder und Jugendliche liegen und die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen wirklich abdecken.

Wohnen

Im Zukunftsvertrag wird benannt, dass Wohnen zur sozialen Daseinsvorsorge gehört. Bei einer nicht-repräsentativen Umfrage des Familienbunds (Ergebnisse unter www.familienbund-nrw.de) aus dem Sommer 2022 bewerteten Familien die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als eine sehr dringende Aufgabe der Politik. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass viele Familien mit Kindern in kleinen Wohnungen leben, da sie sich keine größeren Wohnungen leisten können oder diese nicht zur Verfügung stehen. Es braucht große Anstrengungen von Bund, Land und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir setzen uns für eine angemessene Regulierung des Wohnungs- und Immobilienmarktes, für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und die Stärkung genossenschaftlichen Bauens, für eine Verschärfung der Mietpreisbremse und die verpflichtende Offenlegung der Miete des Vermieters sowie für eine soziale Durchmischung von Quartieren ein, um Segregation zu vermeiden. Wir setzen uns auch für Maßnahmen ein, die den Erwerb von Wohneigentum durch Familien fördern. Dazu gehört z.B. auch eine Senkung der Grunderwerbsteuer nach Anzahl der Kinder einer Familie. Zum Thema Wohnen gehört aus unserer Sicht eine konsequente Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum, da gerade Familien oftmals aus den Städten in ländliche Regionen ziehen (müssen).

Familienerholung

Die Corona-Pandemie hat allen Familien viel aufgebürdet und sie enorm belastet. Das zeigen nicht nur viele Studien, sondern auch der gestiegene Bedarf an gesundheitlicher Unterstützung. Viele Mütter, Väter, Kinder und pflegende Angehörige sind dringend kurbedürftig und auf Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen der Einrichtungen im Müttergenesungswerk angewiesen. Seit dem 1. Juli 2022 erhalten die Kliniken jedoch keine finanzielle Unterstützung der Krankenkassen mehr, um die weiterhin bestehenden coronabedingten wirtschaftlichen Belastungen auszugleichen. Im nun beschlossenen Covid-19-Schutzgesetz sind die Kliniken erneut nicht wirksam berücksichtigt.

Familien hatten z.B. durch Kita- und Schulschließungen sowie Besuchsverbote in Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern große Belastungen zu tragen. Der Familienbund setzt sich dafür ein, dass das Land NRW die Familienerholung wieder fördert.

Durch die Corona-Pandemie wurden kurzfristig Programme entwickelt, mit denen Familien Urlaub ermöglicht wurde, die sich sonst keine Familien-Auszeit leisten können. Wir begrüßen, dass laut Zukunftsvertrag die Förderung von Familienerholung verstetigt werden soll. In der Legislaturperiode muss dafür gesorgt werden, dass Familienerholungsangebote ausgeweitet, bekannt gemacht und ohne bürokratische Hürden beantragt werden können.

Politische Bildung

Als Familienverband, in dem auch Familienbildung und politische Bildung geleistet wird, begrüßen wir die geplante Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Wir halten es für unerlässlich, dass damit auch eine Stärkung der politischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich einhergeht. Wir haben im Jahr 2020 mit unserem Demokratie-Bilderbuch „Oje, Familienfeier“ einen Beitrag für politische Bildung und Verständnis für unser freiheitlich-demokratisches System in Kitas, Schulen und Familien geleistet und werden uns in dem Bereich weiter einsetzen.